

Stellungnahme der SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG

zum Festlegungsverfahren der BNetzA zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen; BK6-20-059

(Stellungnahme enthält keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse)

Die Stellungnahme bezieht sich auf das eigentliche Konsultationsdokument BK6-20-059 und nicht auf die Anlagen 1-3. Die SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG wird im weiteren Text mit SWMI abgekürzt. Die SWMI bedankt sich für die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Festlegungsverfahren zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen.

Im Konsultationsdokument ist auf Seite 3 der nachfolgende Passus enthalten:

„Dazu bittet die Beschlusskammer um Stellungnahme, ob es für sinnvoll gehalten wird, dass diese Prozesse von allen Netzbetreibern umgesetzt werden, auch wenn bislang keine Redispatch- oder Einspeisemanagement-Maßnahmen mit an ihrem Netz angeschlossenen Anlagen durchgeführt wurden oder keine Anlagen ab 100 kW angeschlossen sind. Falls dies nicht für sinnvoll gehalten wird, bittet die Beschlusskammer um Vorschläge, wie dennoch der bilanzielle Ausgleich von künftigen Redispatch-Maßnahmen sichergestellt werden kann, insbesondere wie schnell diese Netzbetreiber künftig die Umsetzung der Prozesse garantieren können.“

Unterstellt man, dass derzeit zwischen 30 und 50 Netzbetreiber Redispatch-Maßnahmen nach derzeitigen Regelwerk durchführen und gleichzeitig über 850 Netzbetreiber im Strom existieren, so dürfte der überwiegende Teil der Netzbetreiber noch keine Erfahrungen mit dem Redispatch gesammelt haben.

Zwar ändern sich anlagenseitig die Grenzen für die theoretische Anwendbarkeit des Redispatch 2.0, dennoch ist nicht zu erwarten, dass die Anzahl der von Netzeingpässen betroffenen Netzbetreiber sprunghaft ansteigt. Insofern begrüßt die SWMI die aufgeworfene Fragestellung zur Sinnhaftigkeit der Umsetzung aller Prozesse im Zusammenhang mit Redispatch- oder Einspeisemanagement-Maßnahmen – auch wenn diese bei einer Vielzahl von Netzbetreibern vermutlich nicht zur Anwendung kommen werden.

Aus Sicht der SWMI wäre es nicht zielführend, wenn alle Prozesse vollumfänglich von allen Netzbetreibern losgelöst von der Erwartungshaltung der tatsächlichen Betroffenheit vom Redispatch 2.0 ausgeprägt werden müssten. Dies würde lediglich unnötige Kosten verursachen. Gleichzeitig kann jedoch auch bei korrekter Umsetzung aller Prozesse in den IT-Systemen der betroffenen Netzbetreiber nicht sichergestellt werden, dass jeder Mitarbeiter diese Systeme wegen mangelnder Praxis korrekt bedient.

Insofern würden sich die SWMI in Bezug auf die Abwicklung von Redispatch-Maßnahmen eine Zweiteilung in

- a.) zwingend notwendig zu beherrschende Funktionalitäten und
 - b.) ggf. bei wiederholten Redispatch-Maßnahmen sinnvollen Funktionalitäten
- wünschen.

In die Kategorie a.) fällt nach Erachten der SWMI die Marktkommunikation und die Verarbeitung der erforderlichen Eingangsdaten – dies betrifft im Wesentlichen alle Prozesse, die im Vorfeld einer Redispatch-Maßnahme abgewickelt werden müssen. In die Kategorie b.)

fallen aus Sicht der SWMI die nachgelagert zu einer Redispatch-Maßnahme notwendige Bilanzierung und Abrechnung. Hier sollten größere Freiheitsgrade gewährt werden.

Aus anreizregulatorischer Sicht sollten daher nicht nur die im Zusammenhang mit der Ertüchtigung von Systemen zur Abwicklung von Redispatch-Maßnahmen bis zum 30.09.2021 anfallenden Kosten Berücksichtigung finden. Für den Fall, dass ein Netzbetreiber seine zunächst nur nach a.) ertüchtigte Systemlandschaft vor dem Hintergrund einer steigenden Anzahl von Redispatch-Maßnahmen weiterentwickelt, müssen die dafür anfallenden Kosten auch nach dem 30.09.2021 in gleichem Maße in der Anreizregulierung angesetzt werden können. Andernfalls wird jeder Netzbetreiber losgelöst von der eigenen Betroffenheit eine vollumfängliche Ertüchtigung seiner Systeme beauftragen. Dieses Vorgehen wäre aus volkswirtschaftlicher Sicht ineffizient und unerwünscht.

Für Anlagenbetreiber kann eine Umsetzung der in der Konsultation dargelegten Datenanforderungen zu unzumutbaren Härten führen.

Die Anforderungen an die Datenanbindung und Steuerungstechnik zur Erfüllung der Datenbedarfsanforderungen, gerade von älteren Anlagen >100kW, verursacht teilweise unwirtschaftlich hohe Kosten und ist nicht innerhalb der gesetzlichen Frist bis 1.10.2020 zu erfüllen. Dies kann dazu führen, dass Anlagen unwirtschaftlich werden und damit dem Energiemarkt perspektivisch nicht mehr zur Verfügung stehen. Hier muss eine Lösung gefunden werden, um besondere Härten auszugleichen. Zusätzlich ist ein Übergangszeitraum von mindestens zwei Jahren für die Nachrüstung vorzusehen.